

Hamm, 14. Juli 2010

## Presseerklärung

### **DRB-NRW begrüßt die rot-grünen Pläne zu einer Stärkung und einer Selbstverwaltung der Justiz**

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW begrüßt die Absicht der neuen Landesregierung, das vom DRB entwickelte Modell einer selbstverwalteten und daher unabhängigen Justiz umzusetzen. Zu Recht wird im Koalitionsvertrag hervorgehoben, dass die Rechtsprechung als Dritte Gewalt im Staat bislang nicht die erforderliche Autonomie besitzt. Dies zu ändern ist eine vom DRB seit langem erhobene Forderung und anhand eines vom DRB entwickelten Gesetzesentwurfs auch kurzfristig umsetzbar.

Ferner unterstützt der Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW ausdrücklich die im Koalitionsvertrag enthaltene Initiative der neuen Landesregierung, die Justizstrukturen zu stärken und angemessen auszustatten. Angesichts der massiven Überbelastung der Justiz in allen Dienstzweigen ist aber nicht ausreichend, wenn sich der Koalitionsvertrag darauf beschränkt, einen Stopp von weiterem Stellenabbau „anzustreben“.

Bereits jetzt fehlen über 500 Richter und mehr als 200 Staatsanwälte in NRW.

Der Vorsitzende des Bundes der Richter und Staatsanwälte in NRW, Reiner Lindemann, hierzu: *„Der Verzicht auf eine Verschlimmerung der Situation, der von Rot-Grün im Übrigen auch nur „angestrebt“ wird, ist keine Verbesserung. Diese ist aber angesichts der seit Jahren bestehenden Überbelastung in allen Dienstzweigen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften dringend erforderlich. Ohne eine personelle Stärkung der Justiz in diesen Bereichen können wir nicht dauerhaft den Menschen gerecht werden.“*

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an Reiner Lindemann, Tel: 0171 6458244.

*Der Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen ist mit über 3200 Mitgliedern bei ca. 5.400 Richtern und Staatsanwälten im Land Nordrhein-Westfalen deren größter Berufsverband.*